

AKTUELL

SCHIENENNETZ

2020 statt 2002

Richard Graf

Das Transportministerium wird die Luxemburger Haushalte mit der Broschüre „mobil 2020“ beglücken. Minister Lucien Lux dokumentiert darin die vielen Schienenbauprojekte, die bis Ende des nächsten Jahrzehnts entstehen sollen.

Ohne Umsteigen von der Uni Esch zur Uni Luxemburg. Diese Idee, die einmal den Namen „BTB 2002“ trug, wird auch im Jahre 2020 nicht verwirklicht werden. Die Option eines „train-tram“, bei dem die Schienenfahrzeuge auch schon mal das klassische Eisenbahnnetz verlassen, um auf innerstädtischen Tramlinien zu fahren, ist laut Lucien Lux zwar nicht ganz vom Tisch. Persönlich sieht er jedoch wenig Sinn an der Idee festzuhalten, die noch 1999 kurz vor der Realisierung stand und in optimistischen Szenarien ab 2002 hätte in Betrieb gehen sollen.

Nach dem Regierungswechsel 1999 wurde das unter Federführung von

Mady Delvaux entwickelte Projekt auf Eis gelegt. Als dann auch noch die Eisenbahngesellschaft ankündigte, auf ihrem Netz könnten vor 2017 aus sicherheitstechnischen Gründen keine „train-tram“-Fahrzeuge fahren, wurde umgesattelt. Lucien Lux, der nach dem erneuten Koalitionswechsel 2004 Transportminister wurde, traf mit der Stadt Luxemburg eine Einigung: Statt eines „Zugs durch die Stadt“ sollte jetzt ein Leichttram helfen, die innerstädtische Mobilität zu verbessern.

Dabei baut Lucien Lux auf dem Konzept seines Vorgängers Henri Grethen auf. Die Eisenbahnbenutzer sollen möglichst schnell an so genannte „gares périphériques“ rund um die Hauptstadt herangeführt und von dort aus mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln an ihr eigentliches Ziel gebracht werden. So will Lucien Lux die Vorgabe eines Modalsplitt von 25 Prozent im Jahre 2020 erreichen.

Dabei soll dem Transportminister nicht das widerfahren, was seinen glücklosen VorgängerInnen nicht er-



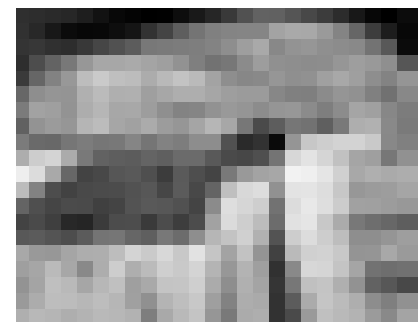
spart blieb: Ihre Konzepte und Pläne wurden jeweils nach den Wahlen zur Makulatur, so dass am Ende anderthalb Jahrzehnte umsonst gestritten und abgestimmt worden war. „Mobil 2020“ kann laut Lucien Lux schon deshalb nicht scheitern, weil alle vier Parteien, die nach dem Urnengang 2009 für eine Regierungsbildung bereitstehen, das Konzept mittragen.

Den Frust, dass es während der aktuellen Legislaturperiode dennoch zu keinen neuen Schienenstrecken kommen wird, teilt Lux mit einigen AnhängerInnen des schienengebunden Verkehrs. „Wir bauen keine Märklin-Eisenbahn, wir müssen sorgfältig planen und auch die komplizierten Auflagen einhalten, die uns die Gesetze vorschreiben“, sagt Lucien Lux an die Adresse jener, die ihn dazu drängen zumindest auf Kirchberg mit dem Schienenbau zu beginnen.

Allein in den kommenden fünf Jahren sind 2,3 Milliarden Euro für die Modernisierung der Bahn, für neue Strecken und neue Bahnhöfe vorge-

sehen. Damit wird der Luxemburger Staat erstmals mehr für den öffentlichen Verkehr als für den Straßenbau aufwenden. Vorausgesetzt, nach dem Abschluss der Nordstraße erwachen nicht andere Gelüste bei der Autolobby.

Lux' Pragmatismus, der es ihm erlaubt hat, die Fundamental-Opposition der Stadt-DP (und CSV) aufzuweichen, bedeutet aber auch, dass die Mehrheit ÖPNV-NutzerInnen auf ewig zum Umsteigen genötigt werden. Die gare centrale und die neuen gares périphériques müssen in Stoßzeiten Tausenden von Menschen einen schnellen Umstieg ermöglichen. Eines der Ergebnisse der Luxtraffic-Studie aus den 90er Jahren, möglichst viele Start-Ziel-Fahrten ohne Umsteigen anzubieten, wird damit definitiv nicht verwirklicht.



ASYLBEWERBER

Am besten nicht krank werden

Christiane Walerich

Anfang des Jahres hatte das „Comité de liaison des associations des étrangers“ (Clae) die Gesundheitsfürsorge der „sans papiers“ in Luxemburg erstmals öffentlich angeprangert.

Seitdem scheint wenig passiert zu sein. Zumindest die Gesundheitsfürsorge von Asylbewerbern wurde nun erneut thematisiert: In einer parlamentarischen Anfrage vom Juli stellte die LSAP-Abgeordnete Vera Spautz einige Fragen zu der von der Nationalen Ethikkommission (CNE) herausgegebenen Stellungnahme „Les limites de l'accès aux soins au Grand-Duché du Luxembourg“, die sich mit dem Zugang von Asylbewerbern zur Gesundheitspflege beschäftigte. Trotz der Aussage von „Ärzte ohne Grenzen“, wonach „il ne se présente pas au Luxembourg de situation réelle-

ment grave dans le contexte de l'accès aux soins des demandeurs d'asile“, hob die CNE einige Situationen hervor, in denen der Zugang zur Gesundheitspflege etwa durch bürokratische Hindernisse erschwert werde.

So sei die Verbesserung der Situation der Asylbewerber durch Artikel 14 des Gesetzes vom 5. Mai 2006 - der den Betroffenen den Zugang zur Arbeit und somit auch zur Krankenkasse ermöglicht - teilweise willkürlich: Asylbewerber könnten etwa nur von bestimmten Arbeitgebern angestellt werden. Außerdem könne eine Ablehnung der Arbeitserlaubnis ausgesprochen werden - ohne dass die tatsächlichen Fähigkeiten des Asylbewerbers berücksichtigt wurden. Die ohnehin prekäre Situation, in der sich die Asylbewerber befinden, hat also auch Auswirkungen auf ihren Zugang zur Krankenpflege.

Dem widersprechen Familienministerin Marie-Josée Jacobs und der delegierte Außenminister Nicolas Schmit in ihrer parlamentarischen Antwort von Ende September: Auch wenn die kurzfristige Arbeitserlaubnis der „demandeurs de protection internationale“ (DPI) prekärer sei als ein zeitlich unbefristeter Arbeitsvertrag, stelle dies im Hinblick auf den Zugang zur Gesundheitspflege keinen Unterschied dar. Denn die freiwillige Krankenversicherung bei der „Caisse de Maladie des Ouvriers“ (CMO), mit denen die DPI sozial abgesichert sind, sei gleichzustellen mit jener der Arbeiter, Angestellten und Beamten aus Luxemburg. Der DPI, der mittels einer Arbeitserlaubnis durch seinen Chef sozial abgesichert sei, habe keinen besseren Zugang zur Gesundheitspflege.

Jean-Paul Harpes, Präsident der Ethikkommission begrüßt diese soziale Absicherung der DPI durch die „Caisse de Maladie des Ouvriers“. Dennoch fordert auch er, dass der genannte Artikel 14 diskutiert und modifiziert wird - denn: „La mise au travail des demandeurs d'asile est mise en question par des conditions excessivement restrictives, mesquines à bien des égards.“

Auch das Clae sieht die Situation kritisch: „Was passiert mit einem Asyl-

bewerber, der seine Anstellung verliert?“, überlegt Marie-Cécile Charles vom Clae. Fraglich sei etwa, ob das „Commissariat du Gouvernement aux Etrangers“ erneut die Sozialbeiträge übernimmt und ob die Betroffenen wieder durch die „Caisse de Maladie des Ouvriers“ versichert sind.

Problematisch sei, so Charles, auch das Mandat der ärztlichen Untersuchung von abgewiesenen kranken Asylbewerbern. Zu wenig werde hier nach wie vor die gesundheitliche Situation in den jeweiligen Heimatländern berücksichtigt. Eine ärztliche Untersuchung im Vorfeld der Abschiebung scheint vor allem abzuklären, dass der oder die Betroffene die Rückführung im Flugzeug gesundheitlich unbeschadet übersteht. Auch hätten jene, die zu krank sind, um in ihr Herkunftsland zurückzukehren, in Luxemburg oft nur ein Toleranzstatut mit eingeschränkten Rechten, obwohl klar sei, dass an eine Rückreise der Betroffenen nicht mehr zu denken sei. Zumindest der letztgenannte Aspekt soll im Rahmen des neuen Immigrationsgesetzes geklärt werden.